

Lobbying, Nebenjobs, Parteispenden: Parteien versprechen Transparenz

WIEN/LINZ. Der Fall Strasser zeigt Folgen: In Bund, Land und EU überbieten sich Politiker derzeit in Forderungen nach schärferen Gesetzen und mehr Transparenz. Die Nagelprobe für die Regierung wird dabei die Offenlegung von Parteispenden.

Die Klubchefs der fünf Parlamentsparteien waren gestern ausnahmsweise einer Meinung: Alle sprachen sich für Verschärfungen bei den Unvereinbarkeitsregeln und bei der Offenlegung der Nebentätigkeiten von Abgeordneten aus.

Derzeit müssen Nationalratsabgeordnete jene Stellen melden, von denen sie Einkünfte von mehr als 1142 Euro pro Jahr beziehen. Abgesehen von dieser Grenze geht aus der auf der Parlamentshomepage veröffentlichten Liste (Link auf [nachrichten.at](#)) aber nicht hervor, wie hoch der Zuverdienst ist. Bis zum Sommer soll eine Arbeitsgruppe des Parlaments strengere Regeln vorschlagen, vereinbarten die Klubchefs nach einem Treffen mit Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (VP).



Parteien und Abgeordnete wollen zur Image-Korrektur mehr Einblicke gewähren.

Foto: APA

Ich will bei der Parteienfinanzierung ein Gesetz vorlegen, das den Namen auch verdient.66

WERNER FAYMANN
Bundeskanzler (SP), zeigt Beweglichkeit bei der Offenlegung von Parteispenden

Die Ministerin will unterdessen schon nächste Woche einen Entwurf für ein Lobbyistengesetz vorlegen: Darin enthalten sein soll ein verpflichtendes Register, in dem Lobbyisten, aber auch Interessensverbände – darunter Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer – aufscheinen. Für Abgeordnete soll es künftig zudem verboten sein, als Lobbyist im engeren Sinn (gilt nicht für Interessensverbände) tätig zu sein.

Schlupflöcher in Wien

Ihren Willen zur Transparenz könnten die Regierungsparteien bei der Offenlegung von Parteispenden beweisen. Noch Mitte März hatten SPÖ und ÖVP dazu einen Vorschlag voller Schlupflöcher vorgelegt. Demnach sollen nur Spenden an die Bundesparteien, nicht

aber Spenden an Landesparteien oder parteinahe Vereine wie die VP-Bünde oder die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter erfasst werden.

Beweglichkeit zeigte gestern Bundeskanzler Werner Faymann (SP): Er wolle bei der Parteienfinanzierung ein „Gesetz, das den Namen auch verdient“, sagte er nach dem Ministerrat. Deshalb müssten auch Spenden an Landesparteien und parteinahe Vereine behandelt werden, sagte er. Worauf auch die ÖVP Bereitschaft zeigte, über eine weitergehende Offenlegung zu verhandeln.

Einigkeit in Straßburg

In Straßburg, wo Othmar Karas gestern von der VP-Delegation einstimmig zum neuen Delegationsleiter gewählt wurde, versuchten EU-Mandatare quer über alle Parteien, Signale gegen Korruption und für mehr Transparenz zu setzen.

Karas kündigte einen Verhaltenskodex der Parlamentarier an. Dazu wird eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, der neben Ex-Rechnungshofpräsidenten Franz Fiedler auch der ehemalige Zweite Nationalratspräsident Heinrich Neisser (VP) sowie die ehemaligen EU-Abgeordneten

Herbert Bösch (SP) und Martina Gredler (LIF) angehören werden.

Differenzen in Linz

Weniger Einigkeit herrscht dagegen in Oberösterreich, wo SP-Klubchef Karl Fraiss die Offenlegung aller Nebeneinkünfte der Landtagsabgeordneten forderte. Er bringt bei der morgigen Landtagssitzung dazu einen Antrag ein. Derzeit gibt es im Landtag – anders als im Nationalrat – keine Offenlegungspflicht für Abgeordnete.

Die anderen Parteien zeigen sich freilich abwartend. Man nehme das Thema ernst, zuerst müsse man aber schauen, welche Änderungen der Bund plane, argumentieren ÖVP und FPÖ. Weshalb man der Dringlichkeit nicht zustimmen werde. Auch die Grünen sehen keine Grund zur Eile. Der Antrag sei „populistisch“, sagt Grünen-Klubchef Gottfried Hirz. Im Übrigen seien die Grünen die einzige Landtagspartei, die derzeit offenlegen würden.

Von 2006 bis 2009 hatten auch die SP-Abgeordneten ihre Einkünfte offengelegt, dann aber damit aufgehört: „Wir haben gesehen, dass Freiwilligkeit nichts bringt. Es braucht eine gesetzliche Vorgabe“, sagt Fraiss. (mst/schwi/eda)

HÜTTMAYR

Landtag hebt Immunität auf

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat Vorerhebungen gegen den VP-Landtagsabgeordneten Anton Hüttmayr eingeleitet.



Foto: VP

Hüttmayr ist ins Visier geraten, nachdem er als Präsident des Zivilschutzverbandes Aufträge an seine eigene Firma vergeben hatte. Derzeit ruht das Verfahren, weil der Landtag zuerst Hüttmayrs Immunität aufheben muss. Das wird bei der nächsten Sitzung des zuständigen Ausschusses geschehen, versichert VP-Klubchef Thomas Stelzer: „Wir sind an einer vollen Aufklärung der Angelegenheit interessiert.“ Auch Hüttmayr selbst wolle auf seine Immunität verzichten. Als VP-Bezirksparteiobmann will Anton Hüttmayr beim Bezirksparteitag im Mai nicht mehr kandidieren, als Präsident des Zivilschutzverbandes ist er bereits zurückgetreten.